

© *Neue Zürcher Zeitung*; 17. August 2010;

  
swissdox.ch

OP-ED Seite (oe)

## **Die Konkurrenz schläft nicht**

***Der Bund will bei Bildung und Forschung kürzen. Ein falscher Weg. Von Hans Ulrich Stöckling***

Der Bildungs- und Forschungsplatz Schweiz darf sich im internationalen Vergleich sehen lassen. Die in der Schweiz arbeitenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler schneiden in den europäischen Ausschreibungen hervorragend ab. Da unser Land keine Rohstoffe besitzt, ist es in besonderem Masse auf die positive Entwicklung des Bildungs- und Forschungsbereichs angewiesen. Dies setzt aber die Bereitstellung der notwendigen Mittel voraus. Obwohl denn auch die meisten Politikerinnen und Politiker Bildung und Forschung als Priorität bezeichnen, will der Bundesrat aber wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf praktisch allen Gebieten das Budget kürzen. Laut Vernehmlassungsentwurf zum geplanten Konsolidierungsprogramm 2011–2013 sollen bei Bildung und Forschung 451 Millionen Franken gespart werden.

Forschung in Wachstumsprogrammen

Unsere grössten Konkurrenten schlagen eine andere Strategie ein. In Deutschland hat die Regierung zwar ein ehrgeiziges Sparprogramm beschlossen, die Ausgaben für Bildung und Forschung jedoch ausdrücklich davon ausgenommen. Der Ausbau der Spitzenforschung und die Verbesserung der Exzellenz der Universitäten werden konsequent weitergeführt, während der laufenden Legislaturperiode werden zusätzliche 12 Milliarden Euro investiert. Frankreich hat in seiner Budgetplanung in den letzten Jahren Bildung und Forschung höchste Priorität eingeräumt. Im Wachstumsprogramm für die Wirtschaft, das zurzeit im Parlament diskutiert wird, sind zusätzlich 22 Milliarden Euro für Hochschulen und Forschung vorgesehen.

Die USA legten mit der America Competences Act bereits 2006 den Grundstein dafür, die staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung zu verdoppeln. Die Regierung Obama beantragt mit dem Budgetvorschlag 2011 ein Wachstum der Forschungsaufwendungen um 5,6 Prozent. In Südkorea sind diese in den letzten zehn Jahren regelmässig jährlich um 10 Prozent gewachsen. Die Strategien der USA und Südkoreas sehen eine Priorisierung der Grundlagenforschung vor, und beide Länder setzen auf einen deutlichen Ausbau der kompetitiven Forschungsförderung.

Diese Entwicklungen deuten darauf hin, dass in den führenden Forschungsnationen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung von 3 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) eher die Norm als die Ausnahme sein werden. So viel gibt die Schweiz heute aus. Viele Nationen lassen es aber nicht dabei bewenden. In Schweden, Finnland, Südkorea und Japan liegt der Wert bereits heute zwischen 3,4 und 3,8 Prozent, Südkorea will bis 2012 sogar 5 Prozent des BIP erreichen.

Ein Standortvorteil

Obwohl der Privatsektor in den forschungsstarken Ländern – auch in der Schweiz – am meisten Mittel in Forschung und Entwicklung investiert, planen unsere Konkurrenten bedeutende zusätzliche öffentliche Investitionen. Sie erhoffen sich davon Multiplikatoreffekte auch für die privaten Forschungsaufwendungen. Die Schweiz sollte diesem Beispiel folgen, wenn sie ihre Spitzenposition im Bereich Forschung und Entwicklung nicht verlieren will. Eine hohe Qualität der mit öffentlichen Geldern finanzierten Grundlagenforschung und forschungsstarke Universitäten führen zu einem wirtschaftlichen Standortvorteil. Denn forschungsbasierte Unternehmen suchen die geografische Nähe zur akademischen Forschungsexzellenz, um sich durch direkte Kontakte einen raschen Wissens- und Technologietransfer zu sichern und die Rekrutierung von hochqualifiziertem Personal zu erleichtern.

Der internationale Wettbewerb um die besten Forschenden und um die beste Ausbildung wird immer härter. Wenn die Schweiz in diesem Wettbewerb mithalten will, muss auch sie ihre Anstrengungen verstärken und darf sie nicht reduzieren. Wer echte politische Prioritäten setzen will, muss langfristige und somit auch in schwierigen Budgetzeiten an ihnen festhalten. Wer am falschen Ort spart, verliert an Terrain. Noch besteht die Chance, die Weichen richtig zu stellen.

[Hans Ulrich Stöckling ist Präsident des Stiftungsrats des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung \(SNF\) und ehemaliger Bildungsdirektor des Kantons St. Gallen.](#)